

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizerisches Handelsamtsblatt = Feuille officielle suisse du commerce = Foglio ufficiale svizzero di commercio**

Band (Jahr): **6 (1888)**

Heft 71

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizerisches Handelsamtsblatt

Feuille officielle suisse du commerce — Foglio ufficiale svizzero di commercio

Bern, 9. Juni — Berne, le 9 Juin — Berna, li 9 Giugno

Jährlicher Abonnementspreis Fr. 6. (halbj. Fr. 3). — Abonnements nehmen alle Postämter sowie die Expedition des *Schweiz. Handelsamtsblattes* in Bern entgegen. **Abonnement annuel Fr. 6. (Fr. 3 pour six mois).** — On s'abonne auprès des bureaux de poste et à l'expédition de la *Feuille officielle suisse du commerce* à Berne. **Prezzo delle associazioni Fr. 6. (Fr. 3 per semestre).** — Associazioni presso gli uffici postali ed alla spedizione del *Foglio ufficiale svizzero di commercio* a Berna.

Amtlicher Theil. — Partie officielle. Parte ufficiale.

Abhanden gekommene Werthtitel. — Titres disparus. — Titoli smarriti.

Folgende, je Fr. 1000 betragende, Inhaber-Obligationen der Zürcher Kantonalbank werden vermittelt:

Nr. 149108, d. d. 20. März 1885, mit Coupons pro 31. Januar 1888 bis 31. Januar 1895;

Nr. 155772, d. d. 25. November 1885, mit Coupons pro 31. Januar 1888 bis 31. Juli 1895.

Nun wird mit Bewilligung des Obergerichtes der allfällige Inhaber der genannten Titel anmit aufgefordert, dieselben binnen drei Jahren von heute an in der Bezirksgerichtskanzlei Zürich vorzulegen, widrigenfalls deren Amortisation ausgesprochen würde.

Zürich, den 5. Juni 1888.

Im Namen des Bezirksgerichtes II. S.,

Der Gerichtsschreiber:

H. Schurter.

(126—¹)

Rechtsdomizile. — Domiciles juridiques. — Domicilio legale.

Union Assekuranz-Societät, London.

Das Rechtsdomizil für den Kanton Schaffhausen ist Herrn **W. Pfähler**, Apotheker in Schaffhausen, übertragen. Das bisherige Rechtsdomizil erlischt dagegen.

Bern, 31. Mai 1888.

Der Generalbevollmächtigte:

W. M. van Otterloo.

(124—¹)

Handelsregister. — Registre du commerce. — Registro di commercio.

I. Hauptregister — I. Registre principal — I. Registro principale

Kanton Zürich — Canton de Zurich — Cantone di Zurigo

1888. 4. Juni. Die Firma **Jakob Schoch** in Theilingen-Weißlingen (S. H. A. B. 1883, pag. 309) theilt mit, daß sie die *Leinwandfabrikation und Baumwollwaarenhandlung aufgegeben hat* und nunmehr die Fabrikation von Kästchern betreibt.

4. Juni. Die Firma „**Th. Schrader**“ in Horgen (S. H. A. B. 1887, pag. 96) ist erloschen. Heinrich Theodor Schrader von und in Horgen und dessen Bruder Johann Heinrich Schrader von Langnau a./A., in Rheinek, haben unter der Firma **Gebrüder Schrader** in Horgen eine Kollektivgesellschaft eingegangen, welche am 1. Juni 1888 ihren Anfang nahm. Maschinen für Seidenstoffwebereien.

4. Juni. Unter dem Namen **Arbeitergenossenschaft Höngg** hat sich, mit Sitz in Höngg, auf unbestimmte Dauer und zum Zwecke der ökonomischen Besserstellung der Mitglieder durch An- und Verkauf billiger und reeller Lebensmittel, eine **Genossenschaft** gegründet. Die Statuten datiren vom 28. April 1888. Mitglied wird auf schriftliche Anmeldung hin jeder gut beleumdete Einwohner von Höngg, welcher mindestens einen Antheilschein von Fr. 10 zeichnet. Nach dem 1. Juni 1888 Neueintretende entrichten ferner eine Gebühr von Fr. 2, welche, ebenso wie 50 Cts. Buße für Nichterscheinen an den Versammlungen, in den Reservefonds fallen. Der Austritt erfolgt freiwillig nach dreimonatlicher Kündigung auf Schluß des Geschäftsjahres, durch Ausschluß oder Tod. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet nur deren Vermögen, die Haftbarkeit der Mitglieder ist ausgeschlossen. Die Einladungen zu Versammlungen erfolgen durch Karte und die übrigen Bekanntmachungen der Gesellschaft durch das «Zürcherische Volksblatt». Aus dem nach Deckung der durch die Genossenschaft eingegangenen Verpflichtungen und nach Verzinsung (zu 4 %) der Antheilscheine verbleibenden jährlichen Reingewinne fallen 50 % in den bis auf weiteres auf Fr. 2000 festgesetzten Reservefonds und die übrigen 50 % werden an die Genossenschafter nach Verhältnis ihrer Waarenbezüge, welche indessen pro Halbjahr mindestens Fr. 60 betragen müssen, vertheilt. Die Generalversammlung, ein Vorstand von sieben Mitgliedern und drei Rechnungsrevisoren (Kontrolstelle) sind die Organe der Genossenschaft. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft Dritten gegenüber gerichtlich und außergerichtlich und es führen der Präsident, Aktuar, Quästor und Buchhalter je zu zweien kollektiv die rechtsverbindliche Unter-

schrift. Präsident des Vorstandes ist: Salomon Berchtold von Hüntwangen; Aktuar: Jakob Flach von Pfungen; Quästor: Heinrich Preiß von Lehr (Württemberg) und Buchhalter: Jakob Erni von Höngg; übrige Mitglieder sind: Albert Strickler von Richtersweil, Jakob Stucki von Schwamendingen und Xaver Benteli von Weingarten (Württemberg), sämtliche wohnhaft in Höngg.

6. Juni. Der Bankrath der **Zürcher Kantonalbank** in Zürich (S. H. A. B. 1887, pag. 119) hat am 20. Juli 1887 an Stelle des als Beamter der Hauptbank, Hypothekarabtheilung, ernannten Jakob Huber von Ossingen als Filialverwalter in Affoltern gewählt: Jakob Kleiner von Mettmenstetten, in Affoltern, bisherigen Beamten genannter Abtheilung. Jakob Huber und Salomon Graf von Rafz, in Riesbach, sind ermächtigt worden, mit dem Direktor der Hypothekarabtheilung, Rudolf Frei, oder mit einem der übrigen Prokuristen dieser Abtheilung, Hugo Honegger und Heinrich Liechty, zu zweien kollektiv die Unterschrift per procura zu führen.

6. Juni. Die Firma „**Schiller & C^o B. Cotti**“ in Zürich (S. H. A. B. 1883, pag. 429) ist erloschen. Benedikt Cotti von und in Hottingen, und Emil Cotti von Hottingen, in Zürich, haben unter der Firma **B. Cotti & Sohn** in Zürich eine Kollektivgesellschaft eingegangen, welche am 1. Juni 1888 ihren Anfang nahm und die Aktiven und Passiven der erloschenen Firma Schiller & C^o B. Cotti übernimmt. Buchdruckerei. Schiffländel-Weite Gasse 2.

7. Juni. Die Firma „**M. Zerkowitz**“ in Zürich (S. H. A. B. 1883, pag. 277) ist in Folge Verzichtes des Inhabers erloschen. Inhaber der Firma **Robert Zerkowitz** in Zürich ist Robert Zerkowitz von Wien, in Zürich; diese Firma übernimmt Aktiven und Passiven der erloschenen Firma M. Zerkowitz. Rohe und gefärbte Seide, Seidenstoffe en gros. Beaten-gasse 13.

Kanton Bern — Canton de Berne — Cantone di Berna

Bureau Biel.

1888. 7. Juni. Inhaberin der Firma **Frau Grieder-Schreiber** in Biel ist Frau Maria Katherina Grieder geb. Schreiber, Joh. Jakobs, des Konkursiten Ehefrau, von Basel, in Biel. Natur des Geschäftes: Reise-artikelfabrikation. Reuchenettestraße Nr. 138.

Bureau Fraubrunnen.

5. Juni. Unter der Firma **Käserereigesellschaft Iffwyl** ist eine **Genossenschaft** entstanden, mit Sitz zu Iffwyl. Sie hat den Zweck bestmöglicher Verwerthung der verfügbaren Milch zur Gewinnung von Molkereiprodukten, sei es durch den Selbstbetrieb einer Käseerei oder durch den Verkauf an einen Uebernehmer. Die Genossenschaftsstatuten datiren vom 21. April 1888 und es ist die Dauer der Genossenschaft unbestimmt. Mitglied der Genossenschaft ist, wer derselben bei der Gründung beigetreten oder später bei der Hauptversammlung aufgenommen wird, die Statuten oder eine darauf Bezug nehmende Beitrittsklärung unterzeichnet und wenigstens einen Stammantheil von Fr. 50 übernimmt. Die Mitgliedschaft geht verloren durch freiwilligen Austritt, Tod, Geltstag (Konkurs) und Ausschluß. Das zu Erreichung der Gesellschaftszwecke erforderliche Kapital ist festgesetzt auf Fr. 15,000 und beschafft: a. durch Beiträge der Mitglieder, b. durch ein Darlehn von Fr. 5000. Die von den Mitgliedern einzuzahlende Summe von Fr. 10,000 wird in 200 Stammantheile von je Fr. 50 eingetheilt. Ueber jeden Stammantheil wird ein Antheilschein ausgestellt, welcher den Namen des betreffenden Mitgliedes und den einbezahlten Betrag, sowie eine mit dem Stammantheilbuch übereinstimmende Nummer enthält. Die Antheilscheine sind weder theilbar noch übertragbar. Sie können nicht gepfändet und nicht zur Geltstagsmasse gezogen werden. Es können auch bloße Milchlieferanten, sogenannte Gastbauern gegen Bezahlung eines von der Genossenschaft zu bestimmenden Eintrittsgeldes aufgenommen werden. Das Eintrittsgeld darf das Maximum von Fr. 100 nicht übersteigen. Im Uebrigen werden die nöthigen Kosten zur Speisung der Betriebskasse von sämtlichen Milchlieferanten im Verhältnis der gelieferten Milch per Hektoliter oder metrischen Zentner getragen. Einen Gewinn beabsichtigt die Genossenschaft als solche nicht, indem der Erlös auf die gelieferte Milch per Kilo vertheilt wird. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet nur das Vermögen derselben; die persönliche Haftbarkeit ist ausgeschlossen. Organe der Genossenschaft sind: a. die Hauptversammlung, welche je nach den vorliegenden Traktanden besteht: 1) aus den Mitgliedern der Genossenschaft einzig oder 2) aus den Mitgliedern der Genossenschaft in Verbindung mit den Gastbauern (Milchlieferanten); b. der Vorstand. Dieser besorgt die Geschäftsleitung der Genossenschaft und besteht aus dem Präsidenten (Hüttenmeister), dem Kassier (zugleich Stellvertreter des Präsidenten), drei Beisitzern und dem Sekretär. Präsident und Sekretär führen die verbindliche Unterschrift Namens der Genossenschaft durch kollektive Zeichnung. Es sind dato erwählt: Als Präsident: Nikl. Iseli, Gemeinderath; als Kassier und Vizepräsident: Johann Knuchel, Sohn, Ammanns; als Beisitzer des Vorstandes: Bend. Schlup, Pächter;

Joh. Röthlisberger, Sohn, Pächter, und Johann König-Uttiger, und als Sekretär: F. Leuenberger, alle in Iffswyl.

Bureau de Moutier.

1886. 28 septembre. Le chef de la maison **Ulysse-Aimé Garaux**, à Pontenet, est Ulysse-Aimé Garaux, originaire de Malleray, domicilié à Pontenet. Genre de commerce: Commerce de bois.

28 septembre. Le chef de la maison **Martin Künzli**, à Malleray, est Martin Künzli, originaire de Rosières (Soleure), domicilié à Malleray. Genre de commerce: Fabrication d'ébauches et de remontoirs.

1888. 5 juin. *La raison de commerce individuelle Martin Künzli, à Malleray, inscrite au registre du commerce le 28 septembre 1886, est radiée ensuite de renonciation du titulaire.*

Bureau Schwarzenburg.

4. Juni. Inhaber der Firma **Joh. Burri, Neg'** in Schwarzenburg ist Johann Burri von Wahlern, wohnhaft in der Wellenried bei Schwarzenburg. Natur des Geschäfts: Spezerei- und Samenhandlung.

Kanton Luzern — Canton de Lucerne — Cantone di Lucerna

1888. 1. Juni. Unter der Firma **Wasserversorgung Malters** bildet sich mit Sitz in Malters eine Genossenschaft. Zweck derselben ist, das Dorf Malters und Umgebung mit gutem Trinkwasser zu versehen. Die Statuten datiren vom 22. Mai 1888. Mitglied der Genossenschaft ist, wer derselben bei der Gründung beigetreten oder später von der Generalversammlung der Genossenschaft in dieselbe aufgenommen worden ist und die Statuten oder eine darauf bezügliche Beitrittserklärung unterzeichnet hat. Die Mitgliedschaft erlischt: *a.* durch Tod, *b.* durch freiwilligen Austritt, *c.* durch richterliches Urtheil, *d.* durch Konkurs, *e.* durch Säumnis in der Entrichtung der dem Genossenschaftler obliegenden Leistungen und Beiträge. Freiwilliger Austritt kann nur auf den Schluß eines Rechnungsjahres stattfinden und muß mindestens vier Wochen vorher schriftlich dem Vorstände angekündigt werden. Soweit die Ausgaben für Verzinsung und Amortisation des Kapitals, sowie alle andern Kosten, inbegriffen solche für Anlage des Reservefonds, nicht durch die Einnahmen für Wasserzinsen etc. gedeckt werden können, sind von den Mitgliedern der Genossenschaft nach einem jährlich zum Voraus aufzustellenden Budget Beiträge in Geld zu erheben. Alle Handlungen, welche nicht dem Vorstände zustehen, nimmt die Generalversammlung der Genossenschaft vor. Die letztere wählt für eine Amtsdauer von zwei Jahren einen Vorstand von vier Mitgliedern, bestehend aus Präsident, Kassier und Aktuar, sowie einem Suppleanten. Der Kassier ist zugleich Vizepräsident. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft nach Außen. Die Zeichnung Namens der Genossenschaft geschieht durch je ein Mitglied des Vorstandes. Gewinn wird nicht vertheilt. Für die gemäß § 2 der Statuten dem Dorfzwing gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten, sowie für das in § 7 vorgesehene Anleihen haften die Genossenschaftler persönlich und solidarisch. Wo dagegen diese persönliche Haftbarkeit nicht durch Verträge oder sonstige schriftliche Uebereinkommen zugesichert ist, haftet für die eingegangenen Verbindlichkeiten gemäß Art. 688 des Obligationenrechts nur das Vermögen der Genossenschaft. Mitglieder des Vorstandes sind: Jb. Bächler, Bezirkslehrer, Präsident; Josef Steiner, Kassier; Joh. Bühlmann, Aktuar; Joh. Mühlebach, Muehlhof, Suppleant, alle wohnhaft in Malters.

2. Juni. Bei der Aktiengesellschaft unter der Firma **Kriens-Luzern-Bahngesellschaft**, mit Sitz in Kriens (S. H. A. B. 1886, pag. 400; 1888, pag. 271), hat die Generalversammlung vom 31. März 1888 beschlossen, das Prioritätskapital durch Ausgabe weiterer 30 Aktien um Fr. 15,000 zu erhöhen. Das Grundkapital der Gesellschaft wird demnach nunmehr gebildet aus Fr. 140,000, in 280 Stammaktien zu Fr. 500, und Fr. 115,000, in 230 Prioritätsaktien zu Fr. 500, zusammen Grundkapital **Fr. 255,000**. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

2. Juni. Die Firma **Gondrand frères** in Luzern, Zweigniederlassung der Firma gleichen Namens in Mailand (S. H. A. B. 1883, pag. 3), *widerruft die an Gustav Werder ertheilte Prokura (S. H. A. B. 1883, pag. 3)*. Die Firma ertheilt Prokura an Karl Bixner von Mannheim, wohnhaft in Luzern, welcher die verbindliche Unterschrift für die Zweigniederlassung in Luzern führen wird.

Kanton Solothurn — Canton de Soleure — Cantone di Soletta

Bureau Lebern.

1888. 4. und 6. Juni. Unter der Firma **Brennereigenossenschaft Selzach** hat sich am 30. Mai 1888 eine Genossenschaft gebildet, welche den Zweck hat, durch Uebernahme eines Brennlooses eine Brennerei in Betrieb zu setzen zur bestmöglichen Verwerthung von Landesprodukten. Die Statuten wurden am 6. Juni 1888 einer Revision unterworfen. Die Genossenschaft hat ihren Sitz in Selzach und besteht so lange als das Vertragsverhältniß mit dem tit. Alkoholamt nicht gelöst wird. Mitglied der Genossenschaft kann werden, wer den in Art. 2 und 3 des Pflichtenheftes verlangten persönlichen und rechtlichen Anforderungen entspricht und derselben bei der Gründung beigetreten ist oder später von der Hauptversammlung aufgenommen wird und die Statuten unterzeichnet. Der Austritt aus der Genossenschaft wird einem Mitgliede nur gewährt jeweilen auf Ende der mit der tit. Alkoholverwaltung vereinbarten Vertragsfrist auf ein drei Monate vorher eingereichtes Gesuch. Streitigkeiten über Ansprüche der Austretenden am Genossenschaftsvermögen oder über allfällige Haftbarkeit und Beitragspflicht entscheidet ein Schiedsgericht; bei Todesfall eines Genossenschaftlers treten dessen gesetzliche Erben in seine Rechte und Pflichten ein. Für alle Verbindlichkeiten der Genossenschaft haften die Mitglieder solidarisch mit ihrem ganzen Vermögen. Die Beiträge der Mitglieder bestehen in einer einmaligen Eintrittsgebühr von Fr. 200 (zweihundert Franken), ferner in jeweilen festzustellenden periodischen Dienstleistungen und Lieferungen von landwirthschaftlichen Produkten. Weitere Beiträge werden nur eingezogen, wenn es an einer Generalversammlung beschlossen wird. Als Reingewinn soll bleiben die Schlempe, welche nach einem von der Generalversammlung periodisch zu bestimmenden Preis an die Mitglieder der Genossenschaft abgegeben wird. Das Bau- und Geschäftskapital wird auf dem Anleihswege beschafft und die Verzinsung und Amortisation, welche letztere alljährlich auf wenigstens Fr. 1000 (eintausend)

festgesetzt ist, aus dem Erlös des Sprits und event. der Schlempe gedeckt. Die Organe der Genossenschaft sind: 1) die Generalversammlung, 2) der Vorstand und 3) die Rechnungsrevisoren. Zur Leitung der Geschäfte und zur Vertretung der Genossenschaft nach Außen wählt dieselbe aus ihrer Mitte einen Vorstand von drei Mitgliedern auf ein Jahr mit Wiederwählbarkeit, bestehend aus Präsident, Aktuar und Kassier. Die rechtsverbindliche Unterschrift wird kollektiv durch den Präsidenten und den Aktuar geführt. Der Vorstand besorgt die gesammte Geschäftsführung und legt alljährlich vor Ablauf von drei Monaten nach Schluß des Brennjahres der Hauptversammlung Rechnung ab. Er vereinbart mit der schweizerischen Alkoholverwaltung den Preis für den zu liefernden Spirit unter Genehmigung der Hauptversammlung. Die Genossenschaft bezeichnet aus ihrer Mitte einen Geschäftsführer, der unter der Aufsicht des Vorstandes dessen Obliegenheiten besorgt. Präsident der Gesellschaft ist gegenwärtig Herr Adolf Schläfli, Fabrikant in Selzach; Aktuar ist Herr Peter Josef Marti, Landwirth in Selzach, und drittes Mitglied des Vorstandes ist Herr Peter Stelli, Landwirth von und in Bettlach.

Kanton St. Gallen — Canton de St-Gall — Cantone di San Galle

Bureau Goßau.

1888. 2. Juni. Die Firma **Stickererei Schönbühl** in Engelburg *widerruft die am 24. September 1886 an Josef Krapf und Andreas Gätzi in Engelburg ertheilte Kollektivprokura (S. H. A. B. vom 29. September 1886, Nr. 90)*. An Stelle des zurückgetretenen Präsidenten der obigen Firma, Herrn Carl Tschumper in Kronbühl, wurde in der Generalversammlung vom 23. Juli 1887 zum Präsidenten erwählt: Herr Th. Loeplf in St. Gallen, der gemäß Art. 10 der Statuten die rechtsverbindliche Unterschrift für die Gesellschaft führt (S. H. A. B. Nr. 44, d. d. 1. Juni 1884).

Bureau Wattwil (Bezirk Neutoggenburg).

7. Juni. In der bisherigen Kollektivgesellschaft **Spinnerei Dietfurt** in Lichtensteig (S. H. A. B. 1883, pag. 248) tritt *an die Stelle des verstorbenen Associé Jacob Anton Würth sel. von Wattwil* dessen Wittwe, Frau Kreszientia Würth geb. Wirth in Wattwil, und *für den verstorbenen Associé Jacob Bösch-Schlumpf sel. von Bütschwil* in dessen Wittwe, Frau Bertha Bösch geb. Schlumpf in Bütschwil, eingetreten. Vertreter der Gesellschaft sind nunmehr die Associés J. Marin Wirth und Gustav Emil Wirth von und in Lichtensteig.

Kanton Waadt — Canton de Vaud — Cantone di Vaud

Bureau d'Aubonne.

1888. 31 mai. Sous la dénomination **Caisse d'Epargne d'Aubonne**, il a été fondé à Aubonne, antérieurement au 1^{er} janvier 1883, une association, avec siège à Aubonne, qui a pour but de provoquer et de faciliter l'épargne en recevant en dépôt les petites sommes. Sa durée est illimitée. Les statuts ont été révisés le 25 mars 1888. L'admission à titre de déposant confère de plein droit la qualité de membre de l'association. Les apports des sociétaires se font ainsi en espèces et sous forme de dépôts. Les censeurs, les membres du comité, ainsi que vingt membres du conseil communal d'Aubonne désignés par ce corps, font aussi partie de l'association et du conseil général, sans qu'il leur soit nécessaire d'effectuer un dépôt. La qualité d'associé se perd en même temps que celle de déposant. Pour les personnes qui font partie de l'association sans avoir de dépôt, cette qualité se perd lorsque ces personnes cessent de faire partie du conseil général. Les sociétaires sont exonérés de toute responsabilité individuelle et de toute solidarité quant aux engagements de l'association. Ces engagements sont uniquement garantis par les biens de l'association. La Caisse d'Epargne est administrée: *a.* par un conseil général composé des citoyens majeurs ayant en dépôt une somme de trois cents francs depuis au moins six mois, de vingt membres du conseil communal d'Aubonne désignés par ce corps, ainsi que des membres du comité et des censeurs; *b.* par un comité de direction composé de cinq membres, déposants ou non, nommés pour trois ans par le conseil général; *c.* par trois censeurs, nommés par le conseil général, lesquels exercent une surveillance générale sur l'administration. Le caissier représente l'association vis-à-vis des tiers et signe valablement au nom de la Caisse d'Epargne. Le caissier est nommé par le comité. Après paiement de l'intérêt des dépôts et des frais d'administration, les bénéfices de chaque année sont versés au fonds de réserve, sauf ce qui peut en être affecté par le conseil général en faveur d'établissements de bienfaisance ou d'utilité publique dans la commune d'Aubonne. Le comité est actuellement composé de MM. Auguste Bartré, président; Antoine Rochat, vice-président; Jules Gleyre, secrétaire; Auguste Simon et Henri Magnenat. Les censeurs sont MM. Henri Oguey, Louis Dupraz et Louis Perret. Le caissier est M. Victor Rochat, négociant, tous ont leur domicile à Aubonne.

Bureau de Grandson.

7 juin. *La société en nom collectif „Junod et Guggenheim“, à S^{te}-Croix, publiée le 4 décembre 1886, à page 767, n^o 109, de la F. o. s. du c., s'est dissoute.* La maison **J. Junod-Jaccard**, à S^{te}-Croix, dont le chef est Jules Junod, de S^{te}-Croix, domicilié à S^{te}-Croix, reprend l'actif et le passif de l'ancienne maison Junod et Guggenheim et continue le même genre de commerce: Draperie et confectons.

7 juin. Le chef de la maison **Ami Joseph**, à S^{te}-Croix, est Ami-Louis, feu Jules Joseph, de S^{te}-Croix, y domicilié. Genre de commerce: Ebénisterie.

7 juin. Le chef de la maison **Jules Jaccard-Margot**, vers chez les Jaques rière S^{te}-Croix, est Jules Jaccard allié Margot, de S^{te}-Croix, domicilié vers chez les Jaques. Genre de commerce: Boulangerie et épicerie.

Bureau de Lausanne.

31 mai. *La raison „Jean Fleuti“, à Lausanne (F. o. s. du c. du 21 mai 1883), est éteinte ensuite de renonciation du titulaire.* Le commerce est continué par les deux fils du titulaire, Jean et Emile Fleuti, de Gessenay, domiciliés à Lausanne, lesquels ont constitué, sous la raison sociale **J. & E. Fleuti**, une société en nom collectif, dont le siège est à Lausanne et qui commencera le 1^{er} juin prochain. Genre de commerce: Laiterie et épicerie. Magasin: Rue des Deux Marchés, 9. L'associé Jean Fleuti, fils, a seul la signature sociale.

Extrait traduit du rapport commercial du consul suisse à Leipzig,

M. le D^r *Henri Hirtzel*, sur l'année 1887.

L'horlogerie, cette branche importante du trafic avec la Suisse, donne toujours lieu à des plaintes touchant la contrebande qui persiste et nuit beaucoup aux maisons honnêtes. Des personnes compétentes estiment d'ailleurs qu'en lui-même le droit à la pièce est moins approprié à son but que le droit à la valeur, parce que le premier charge proportionnellement beaucoup plus les montres à bon marché que celles qui ont une grande valeur. Cette situation est encore aggravée par le fait que, pour un nombre important de montres, on élude par la contrebande le paiement de droits qui vont jusqu'à 14 %, tandis que les autres montres y sont soumises. Le bénéfice prélevé par le commerce d'horlogerie en gros ne dépassant pas le montant du droit d'entrée, on comprend que les maisons honnêtes doivent succomber devant la concurrence de celles qui ne le sont pas. A la longue, une semblable situation tend à ébranler la moralité commerciale. Pour y remédier dans la mesure du possible, on doit espérer le succès des tentatives faites par des maisons suisses qui, en vue d'arriver à restreindre la contrebande, proposent l'introduction du poinçonnement des montres; il faut souhaiter aussi que les démarches, sans cesse renouvelées, des négociants en horlogerie allemands auprès des autorités de leur pays, seront bien accueillies. Depuis assez longtemps, le poinçonnement des montres existe en Autriche et en Russie, comme preuve du dédouanement de la marchandise. Cette mesure rend impossible la contrebande, tout au moins celle qui se fait sur une grande échelle, le contrôle étant très facilité, aussi bien pour les autorités que pour les commerçants en horlogerie. Chacun sait que les montres poinçonnées ont acquitté les droits, ce qui n'est pas le cas pour les montres non poinçonnées. Si ce procédé a des inconvénients dans la pratique, parce qu'il n'a pas été introduit au moment de l'entrée en vigueur des droits majorés, il n'en permet pas moins, spécialement pour les commissionnaires, un facile contrôle qui, actuellement, n'est pas aisé à exercer en Allemagne, car les acquits de droits d'entrée restent en mains des importateurs. A côté de cela, le poinçonnement élève les recettes rognées par la contrebande. Au dire de personnes compétentes, c'est la Suisse qui a l'intérêt le plus grand au règlement de cette affaire, et, selon eux, l'initiative des démarches à faire auprès de l'Allemagne devrait partir du gouvernement suisse. Voici les motifs qu'ils allèguent: Par la perte pour l'horlogerie suisse des marchés anglais et américain (d'après la statistique suisse, les exportations d'horlogerie de poche, effectuées en 1887 par notre pays, se sont élevées: pour l'Angleterre à 13'198,000 fr., pour les Etats-Unis à 8'558,000 fr. et pour l'Allemagne à 17'272,000 fr. *La réd.*), spécialement de ce dernier, ensuite de la grande extension de la fabrication dans ces pays, les fabricants suisses qui jusqu'ici n'avaient pas ou très peu travaillé pour l'Allemagne, se sont vus obligés de jeter les yeux sur ce débouché et de s'organiser pour la production des sortes légères et à bon marché qui y sont désirées. La concurrence augmente ainsi en Allemagne de la manière si exceptionnelle qu'on constate actuellement (printemps de 1888). Le fabricant consciencieux suisse en est contraint à s'écarter dans certains cas de ses habitudes strictes en matière de dédouanement, afin de ne pas être évincé par des concurrents moins scrupuleux. Ces pratiques ont déjà appelé, de la part des tribunaux allemands, des condamnations qui rendront plus difficile à ceux qui en ont été frappés la continuation de leurs relations avec l'Allemagne.

Les craintes touchant l'application, dès le 1^{er} janvier 1888, de la loi sur le titre des ouvrages d'or et d'argent ne se sont pas réalisées; la valeur des montres non conformes aux prescriptions de la loi n'a pas faibli considérablement ainsi qu'on l'avait redouté. Sans s'occuper beaucoup du nouveau poinçonnement de l'horlogerie, le public achète les montres dont l'ancien poinçon est simplement oblitéré, opération qui s'est faite plus facilement et à meilleur marché qu'on ne l'avait admis d'emblée. Il n'y a pour ainsi dire pas encore eu de contrôle de la part des autorités. Bien que ces circonstances n'aient exercé aucune influence défavorable sur les prix, ceux-ci fléchissent encore en général vers le printemps, malgré les efforts de diverses associations de fabricants et d'ouvriers suisses, et même après l'élévation partielle des prix de quelques parties de la montre. Ceci prouve de nouveau que les prix de vente ne dépendent pas de la volonté des intéressés, mais seulement de l'offre et de la demande. On remarque les tentatives visibles et couronnées de succès des fabricants d'horlogerie suisses, en vue de faire progresser leur industrie, ce qui, à notre époque, est aussi nécessaire pour l'industrie, qu'utile pour ceux qui y sont intéressés. C'est en effet, pour une industrie, le moyen le plus efficace non seulement de conserver ses débouchés, mais aussi d'étendre ceux-ci et de les affermir. La montre suisse s'adapte toujours mieux au goût du moment, et elle emploie aussi des systèmes jouissant de la vogue, tel que celui de Glashutte, par exemple. En revanche, la montre américaine à bas prix est presque complètement expulsée du marché. D'une part, l'introduction des montres suisses à bas prix et, de l'autre, les éclaircissements fournis par la presse au sujet de la réclame américaine, ont produit ce résultat. Dans les contestations juridiques qui en résultèrent, l'imperfection des montres américaines fut établie. Cette montre est d'ailleurs plus appropriée aux usages de l'Amérique, où l'on attache peu d'importance aux réparations, qu'aux besoins de l'Europe. Par le bureau principal des douanes de Leipzig seul, il est entré, en 1887, 69,049 montres de l'étranger dans le libre trafic, contre 42,547 montres en 1886. Dans ce nombre ne figurent vraisemblablement que des montres suisses.

Les boîtes à musique suisses cèdent de plus en plus devant la concurrence allemande, à laquelle elles ne pourront probablement bientôt plus résister. Le palliatif employé, qui consiste à livrer des cylindres de rechange pour les boîtes à musique suisses, arrive trop tard, le public étant maintenant trop habitué à se procurer certains morceaux déterminés, ainsi qu'il lui est possible de le faire avec les instruments de musique allemands. Parmi ces derniers, le *symphonion* (de fabrication saxonne) occupe le premier rang. De vastes débouchés lui sont ouverts à l'étranger où des exportateurs cherchent à l'introduire à la place des instruments de musique suisses. Grâce à une organisation spéciale de la vente, les prix de l'instrument allemand, bas déjà, ont pu être réduits encore. Les claviers ou peignes des symphonions proviennent encore de la Suisse et, actuellement, les livraisons valent mieux, dit-on, que précédemment. Ce sont, sauf

erreur, des ouvriers tirés de Suisse qui accordent ces instruments. Aussi longtemps que la Suisse fournira des produits satisfaisants, on peut prévoir que les fabriques de symphonions n'établiront pas elles-mêmes les peignes employés dans la confection de ces instruments. Il paraît toutefois qu'en cas contraire les dispositions seraient déjà prises pour introduire cette fabrication. Une autre fabrique de Leipzig s'occupe d'un instrument breveté analogue au symphonion, de sorte qu'une prochaine extension de ce genre d'instruments rendra la concurrence plus sensible, spécialement à l'égard des boîtes à musique suisses. Le *manozan*, sorte d'orgue de Barbarie, fabriqué à Berlin, rencontre aussi beaucoup de succès, grâce aux avantages qu'il présente et à son bas prix. Cet instrument permet d'obtenir de beaux sons pleins, avec forte et piano, au moyen de feuilles notées perforées. Cette adaptation a donné lieu à un procès en contrefaçon de brevet de la part de la fabrique Gohliser. La pensée d'employer des feuilles notées perforées au jeu mécanique n'a, d'après des communications spéciales, rien de neuf, en ce sens que, depuis fort longtemps, des essais avaient été tentés avec les orgues d'église de Dresde et de Munich; peut-être même que le procédé y avait été introduit, mais dès lors était tombé dans l'oubli, comme beaucoup de choses qu'on découvre à nouveau maintenant.

Handelsbericht des schweizerischen Konsuls in New-York,

Herrn J. Bertschmann, pro 1887.

(Konsulat für die Staaten New-York, Maine, New-Hampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode-Island, Connecticut.)

Das Jahr 1887 war für die Vereinigten Staaten ein sowohl auf industriellem wie auf kommerziellem Gebiete erfreuliches, weil die große Zahl der Industriezweige volle Beschäftigung hatte. Eine gesteigerte Konsumfähigkeit war die Folge dieser günstigen Verhältnisse. Die Importation fremder Waaren ist im Vergleich mit 1886 um nahezu 50'000,000 \$ gestiegen, und unsere einheimische Industrie hat in erfreulicher Weise daran partizipiert.

In Folge der durchaus geregelten Beziehungen zwischen den beiden Republiken fällt es immer schwieriger, Neues zu berichten. Wie ich bereits in einem früheren Schreiben zu erwähnen die Ehre hatte, gehört das Feld den Rastlosen, den Thätigen und habe ich ja selbst von einem unserer Großindustriellen das wahre Wort gehört:

„Der Fabrikant, der, um zu wissen, was er zu fabriziren hat, auf offizielle Berichte warten muß, thut mir leid.“

Derartige Berichte können in der That nur von der Vergangenheit sprechen, denn auf Grund der Art und Weise, wie bereits sämtliche Zweige unserer heimischen Industrie ausgebeutet sind, kann von einem Blick in die Zukunft nicht die Rede sein.

Unsere Hoffnungen aber dürfen getrost auf die Entwicklung dieses Landes bauen, denn mehr als alles andere zeugt von dieser Entwicklung der Bau von 13,000 Meilen Eisenbahnen im vergangenen Jahre. Dabei ist der Ton des Geschäftes ein durchaus solider und frei von Spekulation und Chimären. (? Die Red.)

Auf den Eisenbahnbau zurückkommend, verdient die Thatsache Erwähnung, daß sich unser Eisenbahnnetz im Verlauf von 20 Jahren (seit 1868) von 40,000 Meilen auf 150,000 Meilen ausgedehnt hat.

Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung von 36 Millionen auf mehr denn 60 Millionen angewachsen.

Einem Ernteertrage von 2'400,000 Ballen Baumwolle, 906'000,000 Bushels Mais, 224'000,000 Bushels Weizen im Jahre 1868 stehen pro 1887 6'500,000 Ballen Baumwolle, 1,600'000,000 Bushels Mais, 450'000,000 Bushels Weizen gegenüber, wobei zu berücksichtigen ist, daß kaum 130 Millionen Acres Land kultivirt sind, während der Staat Texas allein 175 Millionen Acres enthält. Demgemäß ist noch Platz vorhanden für Viele, die mit Willenskraft ausgerüstet sind.

Rapport du vice-consul suisse à New-York,

M. *Eugène Robert*, sur l'horlogerie.

Dans son ensemble, la position est à peu près la même que l'année passée. Les affaires ont été assez bonnes depuis cette époque, et les fabriques américaines ont continué leur progression ascendante dans la production des montres, surtout dans les genres bon courant. La Suisse a aussi vu augmenter son importation qui s'est élevée, en 1887, à 1'590,166 \$, tandis qu'elle n'était, en 1886, que de 1'295,357 \$, soit en plus 294,809 \$.

D'après les statistiques que j'ai pu me procurer en Suisse, l'exportation d'horlogerie à destination de tous pays est évaluée pour 1887 à 82'923,000 fr. ou environ 16'000,000 \$. La part des Etats-Unis dans ce chiffre serait donc de 10 % sur le total exporté.

Il résulte de ces données générales que notre industrie suisse est encore intéressée au marché américain, et la variété de ses produits comme aussi les progrès réalisés dans la fabrication peuvent nous faire espérer qu'il en sera encore longtemps ainsi.

Tout a été dit sur le mode de fabriquer des montres aux Etats-Unis, de même que sur la manière dont les affaires s'y traitent; il n'y a donc pas lieu de faire un rapport spécial. Qu'il me suffise de dire que la tendance est toujours l'association des fabricants et des marchands horlogers, imposant des prix fixes pour la vente des mouvements et boîtes américaines et des termes de crédit et escomptes uniformes.

La marchandise suisse a l'avantage de ne pas être soumise à ces règles qui ne sont pas goûtées de toute la clientèle. La bonne réputation de la montre suisse se maintient pour les pièces de qualité supérieure.

Il n'a pas été question de réduire les droits sur l'horlogerie dans les commissions du congrès qui se sont occupées du remaniement du tarif, et l'opinion générale est qu'il n'y aura pas de changement sur cet article.

Nichtamtlicher Theil. — Partie non officielle. Parte non ufficiali.

Bundesversammlung. Im Nationalrath sind folgende zwei Motionen gestellt worden:

Motion Hochsträßer, lautend:

Der Bundesrath wird eingeladen, zu prüfen und beförderlich Bericht zu erstatten, ob nicht Art. 8 des Bundesgesetzes betreffend gebranntes Wasser, vom

23. Dezember 1886, in der Weise abzuändern sei, daß der Verkauf von nicht bundessteuerpflichtigem Branntwein auch denjenigen Brennern, welche im gleichen Jahre mehr als 40 Liter Branntwein erstellen, in Quantitäten von mindestens 5 Litern zu gestatten sei.

Motion Berger und Mitunterzeichner, lautend:

Der Bundesrath ist eingeladen, bei der Vergebung von Brennloosen nach Mitgabe von Art. 2 des Bundesgesetzes betreffend gebranntes Wasser und Art. 18 des von ihm aufgestellten Pflichtenheftes, landwirthschaftliche Genossenschaften, welche einheimische Rohmaterialien brennen, in erster Linie zu berücksichtigen und denselben nach Maßgabe der obwaltenden Umstände die zu ihrer Organisation nöthigen Termine zu gestatten.

Der Ständerath hat das Erfindungsschutzgesetz durchberathen. Das letztere geht zur Wiederberathung an den Nationalrath.

Ueber die Motion Künzli, lautend:

Der Bundesrath wird eingeladen, zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten, auf welche Weise die Stellung der Grenzgebiete in Bezug auf Zollverhältnisse erleichtert und ob nicht im Allgemeinen dem Handel durch Errichtung von Zollämtern im Innern des Landes entgegengekommen werden könnte, hat der Bundesrath folgenden Bericht an die Bundesversammlung erstattet:

«Der erste Theil dieser Motion hat von Seite der Regierungen von Genf und Neuenburg, sowie der graubündnerischen Thalschaften Samnaun und Münster das Gesuch hervorgerufen, daß gewisse, aus dem angeführten Gesetze hervorgehende Erhöhungen der Einfuhrzölle in diesen Landes-theilen nicht möchten in Anwendung gesetzt werden, weil deren Bevölkerungen für den Bezug der betreffenden Gegenstände, worunter in erster Linie Viehwaare, wenn nicht ausschließlich, doch zum größten Theile auf das Ausland angewiesen seien.

Wenn auch diese Gesuche durch an und für sich sehr zu würdigende Gründe unterstützt waren, so sahen wir uns durch dieselben vor die grundsätzliche Frage gestellt, ob für einzelne Landestheile Ausnahmen vom Zolltarif zu bewilligen seien.

Wir haben erkennen müssen, daß in Ermanglung einer hiezu ermächtigenden Bestimmung weder im Tarifgesetze vom 17. Dezember 1887, noch im allgemeinen Zollgesetze von 1851, die Berechtigung, eine solche Ausnahme zu gewähren, uns nicht zustehe, sondern daß es hiezu besonderer gesetzgeberischer Vorschriften bedürfte.

Indem wir uns im Weiteren an die Fassung der Motion halten, welche auf Erleichterung der Stellung der Grenzgebiete in Bezug auf Zollverhältnisse abzielt, haben wir uns die Frage zu stellen, was unter Grenzgebiet zu verstehen sei. Sofern damit alle 15 Kantone gemeint wären, welche an das Ausland grenzen, so schloße eine ausnahmsweise Behandlung derselben hinsichtlich der Anwendung des Zolltarifs, wenn diese auf dem Gesetzeswege angebahnt werden wollte, in sich, daß eine zweite mit Zollstätten und Grenzposten besetzte Zolllinie gezogen werden müßte, innerhalb welcher es nur die Minderzahl der Kantone wäre, welche die Zollerhöhungen zu tragen hätten. Ähnlich wäre das Verhältnis, wenn eine längs der ganzen Landesgrenze der Schweiz auf eine bestimmte Entfernung von derselben sich erstreckende Zone geschaffen würde, welcher besondere Zollermäßigungen zugewendet werden wollten.

Ein solches Vorgehen würde uns aus politischen und finanziellen Rücksichten, die, wie wir glauben, keiner nähern Ausführung bedürfen, als bedenklich erscheinen.

Die Verwirklichung des Motionsgedankens müßte sodann nach unserm Ermessen auch mit Berücksichtigung des Art. 4 der Bundesverfassung erwogen werden. Die eidg. Behörden sind vielfach im Falle gewesen, die Tragweite und Bedeutung dieser Verfassungsbestimmung gegenüber außerordentlichen Verhältnissen festzustellen. In einem solchen Falle befindet sich z. B. das St. Bernhardshospiz, welches zwischen der Landesgrenze und der nächsten Zollstätte Bourg-St. Pierre und von letzterer in weiter Entfernung gelegen, für die Verzollung der von ihm aus dem Auslande bezogenen Gegenstände der zollamtlichen Kontrolle entrückt ist und deshalb seit der Einführung des eidgenössischen Zollwesens eine bestimmte jährliche Abgabe an die Zollkasse zu entrichten gehalten ist. Ein anderer zur Ausnahmebehandlung zwingender Fall ist derjenige, wo Liegenschaften auf einem äußersten Grenzpunkte aus der Zolllinie ausgeschlossen werden müssen, weil ohne diese Maßnahme ihren Schmuggelunternehmungen beizukommen nicht möglich wäre. Für diese Maßregel ist allerdings ein Anhaltspunkt im Art. 49 des Zollgesetzes von 1851 gegeben, wie in einem von der Bundesversammlung im Jahre 1875 behandelten Falle anerkannt worden ist.

Wir haben hierbei besondere Verhältnisse, wie solche kraft internationaler Verträge zwischen einzelnen Theilen des In- und Auslandes sich entwickelt haben, oder sich noch entwickeln können, nicht berührt.

Wenn wir nun den Fall voraussetzen, daß unter Umständen die Ausschließung eines Grenzgebietes zum Zwecke seiner Entlastung von den Zollabgaben als gerechtfertigt erachtet werden könnte, so würde unsers Erachtens einzig die Thalschaft Samnaun sich in einer Lage befinden, mit Rücksicht auf welche dieses Auskunftsmitglied sich begründen ließe, indem dieser Gebietstheil von Graubünden, durch sehr hohe, bloß während der Sommerszeit gangbare Gebirgspässe von der Schweiz abgeschlossen, für den Bezug von Vieh, Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen aller Art beinahe gänzlich auf das Tyrol angewiesen ist.

Wir würden jedoch die Beantragung dieser Maßnahme mit Rücksicht auf den Stand unserer Zollverhältnisse mit dem Auslande in dem gegenwärtigen Zeitpunkt noch als verfrüht halten. Es kann aber Veranlassung eintreten, auf diese Frage zurückzukommen.

Für dermalen sahen wir uns, um die Lage der Thalschaft von Samnaun und des in ähnlichem, wenn auch geringerm Maße von den Zollerhöhungen betroffenen graubündnerischen Münsterthales zu mildern, auf das Auskunftsmitglied beschränkt, für den Bezug von Arbeitsvieh, welches diese Bevölkerungen im Frühjahr aus dem Tyrol ein- und im Spätjahr wieder dahin auszuführen pflegen, Freipaßabfertigung zu gewähren.

Nebst dem ist durch das Zollgesetz von 1851, Art. 5, b und f, Zollbefreiung eingeräumt für die rohen Landeserzeugnisse von denjenigen Grundstücken außerhalb der Schweiz, welche Eiwohner der Eidgenossenschaft innerhalb einer Entfernung von zwei Stunden, von der Landesgrenze an gerechnet, selbst bebauen und fernere Zollbefreiung überhaupt für Milch, Eier, frische Fische, frische Feld- und Gartengewächse u. s. w., insofern diese Gegenstände für den Marktverkehr bestimmt sind. Auch ist dieser zollfreie Verkehr, gemäß Art. 4 des Tarifgesetzes vom 25. Juni 1884, von der Entrichtung der statistischen Gebühr befreit.

Durch die Motion Künzli hervorgerufen, ist uns im Weiteren eine Vorstellung des Genfer Handelsstandes eingereicht worden, dahin gehend, daß demselben gewisse, auf Milderung der Zollerhöhungen abzielende Zoll-einrichtungen in Genf gewährt werden möchten.

Die Wichtigkeit des Handels von Genf beruht zum großen Theil auf seinem Verkehr mit dem zollfreien Gebiete von Hochsavoyen und der Landschaft Gex.

Dieser Verkehr hat seit der Eröffnung einer von Bellegarde abzweigenden, über französisches Gebiet nach der zollfreien Zone von Hochsavoyen führenden Eisenbahn eine sehr empfindliche Konkurrenz von Frankreich her erhalten, gegenüber welcher es geboten erscheint, dem Handel von Genf jede mit unserm Zollgesetz vereinbare Erleichterung zuzuwenden.

In dieser Absicht ist schon im Jahre 1854 ein mit besondern Befugnissen ausgestattetes, als Port-franc benanntes Niederlagshaus in Genf errichtet worden. Dasselbe dient sowohl für die Vermittlung des Zwischenhandels mit solchen Waaren, welche nach unverzollter Lagerung unter Transitabfertigung nach der zollfreien savoyischen Zone und der Landschaft Gex verschickt werden, als auch für die Einfuhrverzollung von Waaren, die im Transit aus dem Auslande bezogen worden sind.

Die Eigenthümlichkeit des genferischen Handelsverkehrs mit jenen französischen Gebietstheilen bringt es mit sich, daß es den dortigen zahlreichen Handelsverbänden im Allgemeinen besser dient, die nach dem Port-franc bezogenen Waaren zur Einfuhr zu verzollen, weil sie dieselben jeweilen nur im Kleinhandel an Käufer aus der zollfreien savoyischen Zone und der Landschaft Gex absetzen können. Es folgt daraus, daß dieselben auch für Waaren, die faktisch nur transitiren, den Eingangszoll bezahlen.

In Berücksichtigung dieses Verhältnisses genießt das Niederlagshaus (Port franc) von Genf die Erleichterung, daß die daselbst zur Einfuhrverzollung gelangenden Waaren nach ihrem Nettogewicht verzollt werden dürfen, mit Ausnahme einer Anzahl von Gattungen, für welche durch Verordnung des Bundesrathes vom 21. Februar 1870 ein Tarzuschlag von 10 bis 20 Prozent ihres Gewichtes festgesetzt wurde. Dieser Erlaß war durch ein Postulat der Bundesversammlung vom 22./24. Juli 1869 (Amtl. Samml. IX, 878) hervorgerufen worden, bei dessen Beantwortung durch Botschaft vom 9. Dezember 1869 der Bundesrath seine Absicht, den fraglichen Tarzuschlag einzuführen, erklärt hat. Die Bundesversammlung beschloß hierauf unterm 18./20. Dezember 1869, «es sei von besagtem Bericht in befriedigendem Sinne Akt genommen».

Bei Einführung des neuen Zolltarifs von 1884 ist dann der im Jahre 1870 aufgestellte Tarzuschlag den erhöhten Zollansätzen angemessen neu festgesetzt worden (Verordn. v. 22. November 1884, Amtl. Samml. n. F. VII, 717).

In der Absicht nun, die Wirkung der in Folge des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1887 eingetretenen weiteren Zollerhöhungen, welche den Handel von Genf empfindlich berühren, zu vermindern, haben wir uns mit dem Staatsrath von Genf, als dem Eigenthümer des Port-franc-Gebäudes, dahin verständigt, daß vom 1. Mai d. J. an, als dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Zollansätze, unsererseits auf den jährlichen Beitrag des Kantons von Fr. 4000 an die Kosten des Zolldienstes im Port-franc verzichtet, dagegen von Seite des Staatsrathes die Gebühr für die Benützung des allgemeinen Lagerraumes daselbst, welche sich auf zirka Fr. 5200 per Jahr belief, aufgehoben werde.

Im Weiteren sind Unterhandlungen eingeleitet über die Errichtung eines auf ähnliche Grundlage zu stellenden Niederlagshauses im Bahnhofe von Genf. Dort besteht zwar in den sogenannten Magasins généraux bereits ein eidgenössisches Niederlagshaus. Es handelt sich jedoch darum, demselben eine ähnliche Organisation hinsichtlich der Zollbehandlung zu geben, wie dem sogenannten Port-franc. Wir haben hiezu unsere Zustimmung ertheilt, unter Vorbehalt weiterer Verfügung bezüglich der Feststellung der Organisation und unter der Bedingung, daß die Bauten, für deren Pläne wir ebenfalls unsere Genehmigung vorbehielten, ohne Kostenbetheiligung der Eidgenossenschaft ausgeführt werden, nebst dem, daß wir uns für den Zolldienst die erforderlichen, ebenfalls kostenfreien Räumlichkeiten u. s. w. ausbedungen haben.

Einem ferneren Gesuche des Handelsstandes von Genf entsprechend, haben wir für diejenigen Waarengattungen, welche bisher gemäß Art. 43 c der Vollziehungsverordnung zum Zollgesetz (Amtl. Samml. n. F. V, 558) Transitabfertigung mit Geleitscheinen auf sechs Monate genossen haben, vom 1. Mai an diese Frist auf ein Jahr ausgedehnt und nebst dem weitere 23 Waarengattungen bezeichnet, auf welche diese Erleichterung Anwendung zu finden hat. Es sind dies folgende, bei deren Bezeichnung darauf Rücksicht zu nehmen war, daß diese eben nur der ausländischen Produktion angehören:

- A. Mit einem Gewichtsmilimum von 200 kg:
- | | | |
|-----------|------------------|---|
| Tarif-Nr. | 10 | Mineralwasser, natürliches und künstliches; |
| » | 120 | Rohstahl in Blöcken oder gegossenen Stäben; |
| » | 124 | Eisenblech unter 3 mm Dicke, roh, verbleit, verzinkt, verzinkt, verkupfert, vernickelt; |
| » | 136 | Kupfer oder Messing in Barren, Blöcken oder Platten; |
| » | 137 | Kupfer oder Messing, gehämmert, gewalzt, gezogen, in Stangen, Blech, Röhren, Draht; |
| » | 144 | Zink in Barren, Blöcken oder Platten; |
| » | 145 | Zink, gewalzt, gezogen, Blech, Draht; |
| » | 148 | Zinn in Barren, Blöcken oder Platten; |
| » | 149 | Zinn, rein oder legirt (Britanniametall), gehämmert, gewalzt, Blech, Staniol, Draht; |
| » | 189 | Cacaobohnen und -Schalen; |
| » | 197 | Fische, getrocknet, gesalzen, marinirt, geräuchert oder anderweitig zubereitet, in Ballen, Fässern u. s. w., von 5 kg und mehr; |
| » | 208 | Weinbeeren; |
| » | 208 ^a | Rosinen (Korinthen); |
| » | 209 | Andere Südfrüchte; |
| » | 287 | Gewebe von Baumwolle, sammtartige; |
| » | 312 | Korkteppiche (Linoleum); |
| » | 334 | Decken, wollene, ohne Näharbeit; |
| » | 335 | Decken, wollene, mit Näharbeit; |
| » | 348 | Kautschuk und Guttapercha, in Kugeln, Platten, Blättern, Riemen, Fäden; |
| » | 349 | Kautschuk und Guttapercha in Schläuchen, Röhren. |

- B. Mit einem Gewichtsminimum von 100 kg:
 Tarif-Nr. 14 Waschwämme;
 » 59 Korkholz, roh, in Platten;
 » 241 Thee.

Die Beschränkung auf vorstehend genannte Artikel ist geboten, um den eidgenössischen Fiskus gegen Schädigung durch Unterschleibung inländischer Erzeugnisse sicher zu stellen, da die mit solchen Geleitscheinen eingeführten Waaren bis zu ihrer allfälligen Wiederausfuhr in Privatmagazinen lagern.

Dieser Geleitscheinverkehr mit Frist auf ein Jahr wurde übrigens für den Handel der ganzen Schweiz, nicht bloß für denjenigen von Genf, eingeführt.

Wir glauben, durch diese Erleichterungen der Zollbehandlung einerseits dem Handelsstande von Genf mit Rücksicht auf seinen Verkehr mit der zollfreien savoyischen Zone und der Landschaft Gex und andererseits auch dem gesammten schweizerischen Zwischenhandel, soweit es in unserer Kompetenz liegt, entgegengekommen zu sein.

Es erübrigt uns noch, denjenigen Theil der Motion Künzli zu berühren, welcher auf die Errichtung von Zollämtern im Innern des Landes gerichtet ist.

Eine solche Erweiterung der zolldienstlichen Einrichtungen läßt sich nach unserm Erachten zum vorzuziehenden nur unter der Bedingung in Aussicht nehmen, daß diejenigen Ortschaften, welche dafür einkommen würden, sich gewissen Leistungen, wie zum Beispiel die für den Bund kostenfreie Einräumung der von ihm zu fordernden Lokale, zu unterziehen hätten. Ohne eine derartige Einschränkung der bezüglichen Begehren wäre die Bundesbehörde unabsehbaren Konsequenzen ausgesetzt, die sich von selbst darstellen.

In dieser Auffassung finden wir uns bestärkt durch ein Dispositiv des Bundesbeschlusses vom 18. Juni 1870, wodurch der Bundesrath eingeladen wurde, zu untersuchen, auf welche Weise dem von Jahr zu Jahr steigenden Defizit in dem Ertrage der eidgenössischen Niederlagshäuser abgeholfen werden könne, behufs welcher Abhülfe dann ein erhöhter Tarif für die eidgenössischen Niederlagsgelöhner aufgestellt wurde. Wir glauben, in dem angeführten Postulate den Willen der Bundesversammlung ausgedrückt zu finden, daß für die Errichtung von Zollstellen im Innern des Landes keine allzu weit gehenden Opfer seitens der Bundesbehörde zu bringen seien.

Der Verkehr durch Vermittlung von Zollstellen im Innern des Landes erfordert überdies eine zweimalige Zollbehandlung der nämlichen Waare, einmal an der Eintrittszollstätte mittelst Geleitscheinabfertigung, welche ebenso umständlich ist, wie eine Einfuhrverzollung, und sodann bei demjenigen Zollamt, wo die Waare zur Einfuhrverzollung gelangt. Ferner darf nicht übersehen werden, daß mit der Vermehrung der Zollstätten auch die Ungleichheit in der Anwendung schwieriger Positionen des Zolltarifs, worauf die Zentralzollbehörde schon jetzt nicht genug Aufmerksamkeit richten kann, zunimmt.

Immerhin anerkennen wir, daß einzelne Ortschaften im Innern der Schweiz in Frage kommen können, um dieselbst gegen gewisse Leistungen seitens derselben Zollabfertigungsstellen zu errichten. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit weiter befassen, wenn spezielle diesbezügliche Begehren an uns gelangen, wie dies in neuerer Zeit von Seite des Handelsstandes von Lausanne der Fall war, worüber wir im Geschäftsbericht pro 1886 (Bundesbl. 1887, I, S. 705) einläßlich berichtet haben.

Bei diesem Anlasse sei jedoch erwähnt, daß wir anderwärts bei dem Projekte, Alkoholdepots in Verbindung mit Zollabfertigungsstellen zu errichten, so hoch gehaltenen Preisforderungen begegnet sind, daß die bezüglichen Unterhandlungen einstweilen nicht weiter verfolgt wurden.

Indem wir unsern Bericht über die zur Beantwortung vorliegende Motion schließen, fügen wir bei, daß, wenn wir auch auf mehrere Schwierigkeiten, mit welchen wir zu rechnen haben, aufmerksam zu machen genöthigt waren, wir gleichwohl fortfahren werden, auf thunliche Erleichterung des Verkehrs Bedacht zu nehmen und daher in diesem Sinne unsere Berichterstattung als keine abschließliche betrachtet wissen möchten.

Assemblée fédérale. Les deux motions qui suivent ont été présentées au conseil national:

Motion Hochstrasser, disant:
 Le conseil fédéral est invité à présenter prochainement, après examen, un rapport sur la question de savoir si l'article 8 de la loi fédérale sur les spiritueux, du 23 décembre 1886, ne devrait pas être amendé en ce sens que la vente des spiritueux non soumis à l'impôt fédéral serait permise aussi aux distillateurs qui fabriquent dans la même année plus de 40 litres, moyennant que cette vente ait lieu par quantités d'au moins 5 litres.

Motion Berger et cosignataires, demandant:
 Le conseil fédéral est invité à prendre tout d'abord en considération les associations agricoles qui distillent des produits indigènes, lors de la répartition des lots de spiritueux, conformément aux articles 2 de la loi sur les spiritueux et 18 du cahier des charges dressé par lui, et à leur accorder les délais nécessaires pour leur organisation, suivant les circonstances de fait.

Le conseil des Etats a terminé les délibérations relatives à la loi sur les brevets d'invention. Cette loi retourne maintenant au conseil national.

Expositions. Le *Journal de Genève* annonce qu'une entente est intervenue entre les exposants d'horlogerie suisses à Paris, en ce sens qu'il n'y aura qu'une collectivité suisse, au lieu des collectivités genevoise, neuchâtoise et bernoise. Cette décision assure à l'exposition horlogère suisse un lustre qu'une division en trois fractions n'aurait pu lui donner.

Grand concours international de Bruxelles. Des maisons suisses au nombre de 27, participant, mais tout-à-fait individuellement, au «Grand concours international» de Bruxelles, la Suisse n'étant pas représentée officiellement à cette entreprise. Parmi les industries suisses dont les produits figurent à l'exposition du Grand concours international, on remarque: les applications de l'électricité, l'horlogerie, la fabrication des instruments de musique, la photographie, la pharmacie, la confiserie, la brasserie, la distillation, etc. La circonstance que toutes ces branches d'industrie sont représentées par un très petit nombre d'exposants, fait de cette exposition une image très imparfaite du développement industriel de la Suisse. L'horlogerie suisse, par exemple, n'est représentée que par deux exposants, et encore ceux-ci ont-ils manifesté l'intention de se retirer, si des garanties ne leur étaient pas données contre toute concurrence illoyale exercée par des étrangers dans la partie de l'exposition réservée aux exposants suisses. C'est qu'en effet on a déjà signalé les tentatives d'exposants étrangers peu scrupuleux qui se couvrent du nom suisse pour écouler

des produits de nature à compromettre la bonne réputation de l'industrie nationale. Il importe donc d'appeler l'attention sur ces spéculations malhonnêtes, afin qu'à l'étranger on ne se laisse pas égarer par l'exploitation de la bonne renommée des produits suisses, dont le Grand concours international de Bruxelles pourrait devenir l'excuse.

Zollwesen des Auslandes. Deutsches Reich: Der deutsche Bundesrath hat ein neues amtliches Waarenverzeichnis zum Zolltarif festgestellt, das vom 1. Juli an Geltung haben wird. Es kann von Decker's Verlagsbuchhandlung in Berlin bezogen werden.

— **Oesterreich-Ungarn:** Es ist verfügt worden, daß bei der Verzollung von roher Karbolsäure, welche in eigens eingerichteten Zisternwaggons ohne weitere Umschließung in Oesterreich-Ungarn eingeführt wird, dem ermittelten Nettogewichte eine Tara von 2% zuzuschlagen sei.

— **Grossbritannien:** Leere Blechbüchsen mit dem Namen einer englischen Firma werden zur Einfuhr in Großbritannien zugelassen, wenn dem Namen Worte in englischer Sprache hinzugefügt sind, aus denen erhellt, daß die Büchsen thatsächlich lediglich zur Aufnahme von Waaren britischer Fabrikation bestimmt sind. («Deutsches Handelsarchiv.»)

— **Finland:** Laut amtlicher Bekanntmachung vom 24. April d. J. ist der finnische Eingangszoll auf Kunstbutter für die Einfuhr vom Auslande her auf 94 finnische Mark, für diejenige von Rußland her auf 47 finnische Mark für 100 kg festgesetzt worden.

— **Spanien:** Ein Gesetz vom 14. April d. J. ermächtigt die Regierung, auf der Halbinsel und den Balearischen Inseln die zeitweilige Zulassung aller Waaren zu gestatten, welche einer Veredlung oder Umgestaltung auf industriellem Wege fähig, zum Zwecke einer Veränderung oder Umgestaltung durch die einheimische Industrie eingeführt werden.

— **Niederlande:** Laut einer am 8. April d. J. erlassenen Verordnung sind Essigsäure und Holzessig, welche zum Gebrauche in den Glasfabriken bestimmt sind, zoll- und steuerfrei.

— **Vereinigte Staaten von Nord-Amerika:** Das Schatzamt hat u. A. folgende Tarifentscheide getroffen:

Gazeartiges Fabrikat von Seide, welches in der Konfektion Verwendung findet, wird nicht als Hutmaterial betrachtet.

Wollene sogen. «Croisé» oder «Shooda» Stoffe unterliegen wie die wollenen Kleiderstoffe für Frauen und Kinder einem Zoll von 35% vom Werth.

Feine Cigarrenkistchen, mit Streifen verschiedener Holzarten eingelegt und mit Metallbeschlägen versehen (zu Präsentcigarren), werden, da überdies der Name der Cigarre darauf eingebrannt ist, als handelsübliche Verpackung angesehen und nicht besonders zur Verzollung gezogen.

Pinsel aller Art unterliegen, gleichviel ob mit Holz- oder Metallstiel, einem Zoll von 30% vom Werth.

Servietten (doilies) von Baumwolldamast, vollständige und einzeln, nicht im Stück eingehend, unterliegen wie alle übrigen dergleichen Artikel aus Baumwolldamast einem Zoll von 35% vom Werth.

Tischdecken von Jute oder Baumwolle mit einer dem Werthe nach unbedeutenden Beimischung von Metallfäden unterliegen einem Zoll von 35% vom Werth, als nicht besonders aufgeführte Jute- bzw. Baumwollwaaren.

— **Peru:** Der durch Dekret vom 21. Dezember v. J. eingeführte fünfprozentige Zollzuschlag ist durch Dekret vom 15. März d. J. mit Wirkung vom 1. April d. J. ab wieder aufgehoben worden.

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Textilindustrie. In dem Buche, betitelt: «Englands Supremacy», wird die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit nach Stunden wie folgt angegeben:

In Deutschland 72, in Oesterreich 66, in Rußland 72—84, in der Schweiz 66, in Italien 69—90, in Frankreich 72, in Belgien 72, in den Niederlanden 72, in Großbritannien und Irland 56, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 60.

Lagerhäuser in Alexandrien. In Alexandrien sind mit Bewilligung der ägyptischen Regierung zollfreie Lagerhäuser errichtet worden. Dieselben liegen am Hafen, am Rande der Gaden (quais) und an der Kopfstation der ägyptischen Eisenbahnlilien. Waaren werden daselbst auf die Dauer einer bzw. zweier Wochen oder eines Monats aufgenommen; außerdem werden Räumlichkeiten jahrweise vermietet. Auf Verlangen werden Reglements und Tarife zugeschickt.

Teppichfabrikation in Finland. Ein Finnländer wurde vor ca. 2 Jahren auf Kosten der russischen Regierung nach dem Orient geschickt, um zu versuchen, die Kunst der persischen Teppichweberei zu entdecken, ein Geheimniß, welches von denjenigen, die in dieser Industrie beschäftigt sind, streng gehütet wird. Er machte die Reise als schlichter Arbeiter verkleidet, aber erst nach langen und fruchtlosen Anstrengungen, Zulaß in eine türkische Teppichweberei zu erlangen, glückte es ihm, in einem kleinen Orte unweit Smyrna sich mit dem Prozeß bekannt zu machen und sich den Plan eines Webstuhls zu verschaffen. Jetzt ist eine persische Teppichfabrik in Finland gegründet worden und man verspricht sich von dem in dieser Weise eingeführten neuen Industriezweige wichtige Ergebnisse.

Cigarren-Monopol in Egypten. Durch ein Dekret des Khedive vom 19. April d. J. ist die Einfuhr von Cigarren jeder Qualität in Aegypten den Privaten untersagt und als Staatsmonopol erklärt worden. Der Finanzminister wurde gleichzeitig ermächtigt, die Ausnützung dieses Monopols einem Unternehmer zu vergeben. Auf Grund dieser Ermächtigung wurde dem Kalil Kayat, Portugiesischen Schutzgenossen in Alexandrien, die ausschließliche Konzession zur Einfuhr von Cigarren in Aegypten für die Dauer von drei Jahren ertheilt, und zwar unter nachfolgenden Bedingungen:

Für die während der Konzessionsdauer eingeführten Cigarren werden nachstehende Zolgebühren entrichtet: Für gemeine Qualitäten (Malta und andere) 13 Piaster Tarif für das kg; für mittlere Sorten 20 Piaster Tarif für das kg; für feine Cigarren 50 Piaster Tarif für das kg.

Den Privaten ist es freigestellt, zu ihrem persönlichen Gebrauche jährlich höchstens 10 kg Cigarren einzuführen, gegen Entrichtung der Zollgebühr von 50 Piaster Tarif und einer Monopolgebühr von 150 Piaster Tarif für das Kilogramm. («Handelsmuseum.»)

Privat-Anzeigen — Annonces non officielles

Zeilenpreis für Insertionen: die halbe Spaltenbreite 25 cts., die ganze Spaltenbreite 50 cts.

Le prix d'insertion est de 25 cts. la petite ligne, 50 cts. la ligne de la largeur d'une colonne.

Ordentliche Generalversammlung der Toggenburgerbahn-Gesellschaft.

Die Herren Aktionäre werden hiemit zum Besuche der 19. ordentlichen Generalversammlung auf
Donnerstag den 21. des lfd. Mts. Juni, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr,
in den Gasthof zum „Rössle“ in **Wattwyl** eingeladen.

Tagesordnung:

- 1) Vorlage der Rechnung und des Rechenschaftsberichtes pro 1887.
- 2) Bericht und Anträge der Rechnungscommission.
- 3) Festsetzung der Dividende pro 1887.
- 4) Wahl der Rechnungscommission von 5 Mitgliedern.

Gegen Vorweis der Aktien oder Ausweis über deren Besitz können die Herren Aktionäre oder deren Bevollmächtigte vom 13. dies an die Stimmkarten, welche für den 21. Juni auf der Linie Wyl-Ebnat-Kappel zugleich als Freifahrt-Billets dienen, beziehen:

In **St. Gallen** bei der Hauptkasse der Vereinigten Schweizerbahnen (Bahnhof);

- » **Wyl** bei Herrn A. Eberle, Verwaltungsrath der Toggenburgerbahn;
- » **Wattwyl** auf dem Eisenbahnbureau;
- » **Ebnat-Kappel** auf dem Stationsbureau.

Vom 13. dies an liegen der Rechenschaftsbericht und der Bericht der Rechnungscommission im Bureau der Bahnverwaltung in Hier zur Einsicht der Aktionäre bereit.

Wattwyl, den 4. Juni 1888.

Namens des Verwaltungsrathes der Toggenburgerbahn,

Der **Präsident:**

Arn. Schweitzer.

Der **Sekretär:**

G. Edelmann.

(O 55 K W)

Kursblatt des Berner Börsenvereins

erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich
Preis jährlich Fr. 7
Abonnements nehmen alle Postbüreaux entgegen

Compagnie du chemin de fer Genève-Veyrier.

MM. les actionnaires sont convoqués en **assemblée générale** pour le **vendredi 29 juin courant, à 3 heures après midi**, au local de la chambre de commerce.

Ordre du jour:

- 1° Rapport du conseil d'administration.
- 2° Rapport de M. le censeur.
- 3° Fixation du dividende pour le 2^e semestre 1887, soit du 20 juillet au 31 décembre et approbation des comptes.
- 4° Propositions individuelles.

Pour assister à cette assemblée MM. les actionnaires pourront se procurer des cartes d'entrée au kiosque de Rive sur la présentation de leurs actions ou d'un certificat de dépôt dans une maison de banque.

Le conseil d'administration.

Buchdruck-Clichés erstellt mittelst Photozinkogravüre

gut, rasch und billig (H 2185 Y)

Max Girardet in Bern.

Von Juli an dürfen nur noch neue Formulare zur Verwendung kommen.

Neues **Frachtbrieft** Formular

sehr gutes Papier

roth oder weiß, gleichviel ob mit oder ohne Firma und Zeichen

pro 1000 Stück **Fr. 7: grössere Posten billiger.**

R. EHRICH, Nachfolger v. J. Westfeling,

Winterthur.

Buchdruckerei.

Grossmann-Kuenzi in Aarburg (Argau) empfiehlt zur Probe ein sehr wirksames gefahrloses Mittel gegen Kesselstein. Die besten Referenzen, sowie Gebrauchs-anweisung stehen franko zu Diensten.

Abonnements auf das „Schweizerische Handelsamtsblatt“ für 1888 werden vom 1. Januar und 1. Juli an von allen Postbüreaux, sowie von der Expedition entgegengenommen.

Wir besorgen den
An- und Verkauf von Werthpapieren, Aktien, Obligationen, Anlehensloosen, Uebnahme ganzer festverzinslicher und Prämienanleihen, Vermittlung von Kapitalanlagen, Ausführung von Börsengeschäften.

Wir leihen Gelder aus: Gegen Hinterlage von couranten Werthpapieren derzeit zu 4% per Jahr.
Gegen Hinterlage von nicht cotirten Valoren und Anlehensloosen zu 5—6% »

Wir nehmen Gelder entgegen: In Chèquerechnung à 2 $\frac{1}{2}$ % »
Gegen unsere Obligationen auf 1 Jahr fest und 3 Monate Kündigung 3 $\frac{3}{4}$ % »
Gegen unsere Obligationen auf 3—6 Jahre fest 4% »

Die Obligationen werden nach Wunsch auf Namen oder Inhaber in beliebigen durch 100 theilbaren Beträgen ausgestellt und sind mit Semesterzinscoupons versehen.

Rath und Auskunft in allen finanziellen Angelegenheiten ertheilen wir jederzeit und übernehmen **kostenfrei** die

Einlösung von Zinscoupons und Kontrolle aller verloobbaren Werthpapiere.

Basel, Monat Juni 1888.

Allgemeine Kreditbank.

Schweizerische Nordostbahn.

Kündigung der 6%, Prioritätsaktien

und

Ausgabe von neuen 5%, Prioritätsaktien.

PROSPEKT.

I.

Nachdem der hohe schweizerische Bundesrath mit Beschluß vom 13. April l. J. der von der Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nordostbahn-Gesellschaft am 29. Dezember 1887 beschlossenen **Statutenänderung** die Genehmigung ertheilt hat, ist die Nordostbahn im Falle, von dem in Ziffer 9 des Prospekts vom 14. Juli 1876, betreffend Emission von 22,000 Prioritätsaktien der Schweizerischen Nordostbahn, vorbehaltenen Rechte der Kündigung Gebrauch zu machen.

Die Kündigung

dieser Prioritätsaktien zur **Rückzahlung auf 31. Dezember 1888** wird daher hiemit bekannt gegeben; die letztere erfolgt mit Fr. 600 per Aktie. Betreffend die rückständigen und laufenden Dividenden und Zinse wird auf Abschnitt III, Ziffer 3 und 4 «Konversion» verwiesen.

II.

Gemäß der Schlußnahme der Generalversammlung vom 29. Dezember v. J. hat die

Emission

von 52,000 Prioritätsaktien à Fr. 500 nominal stattzufinden. Davon werden **44,000 Stück** unter nachfolgenden Bedingungen zur **Konversion und Subskription** aufgelegt:

1) Die Ausgabe dieser neuen Prioritätsaktien erfolgt zum Kurse von 110% gleich Fr. 550 per Aktie.

2) Es werden diesen Aktien folgende Rechte eingeräumt:

a. **Mit Beziehung auf die Stimmberechtigung:**

Das Stimmrecht der neuen Prioritätsaktien beginnt mit dem 1. Januar 1889.

b. **Mit Beziehung auf den Antheil am Reingewinn:**

Die neuen Aktien haben ein Vorrecht auf eine Dividende von 5% des eingezahlten Nominalbetrages von Fr. 500 per Aktie für jedes Jahr, in der Meinung, daß etwaige Ausfälle jenen aus dem Reinertrage der folgenden Jahre, jedoch ohne Zinsenvergütung, zu ersetzen sind. Aus dem Reste des Reinertrages erhalten sodann die Stammaktien eine Dividende bis auf 5% ihres Nominalbetrages von Fr. 500 und ein allfällig weiterer Ueberschuß wird auf sämtliche Aktien gleichmäßig vertheilt.

c. **Mit Bezug auf das Gesellschaftsvermögen:**

Die neuen Aktien haben im Falle der Liquidation ein Vorrecht auf einen Antheil von 550 Fr. per Aktie. Von dem Ueberschuß der Aktiven erhalten hierauf die Stammaktien zunächst ein Betreffniß bis auf Fr. 500 — gleich dem Nominalbetrage — per Aktie und von den alsdann verbleibenden Aktiven noch dasjenige Betreffniß, um welches von ihnen von 1888 inklusive an bezogenen Dividenden etwa weniger als 5% p. a. betragen haben, immerhin ohne Anrechnung von daherigen Zinsen. In einen weitem Aktivenüberschuß theilen sich sämtliche Aktien gleichmäßig.

- 3) Die Nordostbahn-Gesellschaft behält sich das Recht vor, je auf Schluß eines Jahres, zum ersten Male auf Ende des Jahres 1898, die Prioritätsaktien zum Preise von Fr. 550 per Aktie, ganz oder theilweise, zurückzukaufen, im letzteren Falle auf dem Wege der Ausloosung.
Falls sie von diesem Rechte Gebrauch macht, sind die Inhaber der zum Rückkaufe gelangenden Aktien sechs Monate vor dem Rückkaufstermin durch öffentliche Kundmachung davon zu benachrichtigen und haben dieselben ein Anrecht auf verhältnißmäßige Uebernahme der allfällig als Ersatz zur Ausgabe gelangenden neuen Aktien.
- 4) Insoweit die neuen 44,000 Prioritätsaktien nicht zur Konversion alter Aktien Verwendung finden, sind auf dieselben nach erfolgter Zuteilung an die Subskribenten 50 % des Nominalbetrages nebst dem Agio von Fr. 50 per Aktie baar einzuzahlen. Der Rest wird von der Nordostbahnverwaltung nach Maßgabe des Bedürfnisses und unter **zweimonatlicher** Voranzeige, spätestens bis 31. Dezember 1889, eingefordert.
- 5) Die Berechtigung zum Bezuge der statutarischen Dividende (Ziffer 2 b) tritt für diese Aktien mit dem Zeitpunkte ihrer Volleinzahlung in Kraft. Für die Zwischenzeit bis zur vollen Liberirung der neuen Aktien haben dieselben sowohl für den einbezahlten Theil des Nominalbetrages als auch für den Kurszuschlag von Fr. 50 Anspruch auf eine Vergütung von $4\frac{1}{2}$ % per Jahr.
Bei den im Konversionswege ausgegebenen Aktien beginnt die Dividendenberechtigung am 1. Januar 1889.
- 6) Die Nordostbahn-Gesellschaft verpflichtet sich, außer den aufgelegten 44,000 und den weiteren 8000 Stück Prioritätsaktien, welche als Gegenwerth der rückständigen Dividenden und Zinse der alten Prioritätsaktien zu dienen bestimmt sind (Abschnitt III, Ziffer 4), keine anderen in gleichen oder besseren Rechten stehende Aktien auszugeben.
- 7) Den bisherigen Aktionären ist ein **Vorrecht** zum Bezuge der **neuen** Prioritätsaktien in der Weise eingeräumt, daß jede bisherige Prioritätsaktie zum Bezuge **einer** neuen berechtigt, die, wie bereits erwähnt, vom 1. Januar 1889 an am Reinertragniß der Nordostbahn gemäß Abschnitt II, Ziffer 2 b Theil nimmt; der Rest wird den Stammaktionären zunächst zur Verfügung gestellt.
- 8) Die Einlösung der Dividenden-Coupons, welche in Deutschland zum jeweiligen Tageskurs erfolgen soll, findet außer bei den schweizerischen Zahlstellen der Nordostbahn auch bei denjenigen in Berlin, Frankfurt a./M., Leipzig, München, Augsburg, Stuttgart, Straßburg und Mülhausen statt.

III.

Unter Hinweis auf obige Ziffer 7 wird hiemit den Inhabern von Prioritätsaktien d. d. 15. November 1876 unter den in Abschnitt II aufgeführten allgemeinen Emissionsbedingungen deren

Konversion

in **neue** Prioritätsaktien angeboten.

- 1) Die Anmeldungen zur Konversion und die gleichzeitige Abstempelung der Titel finden

vom 6. bis 15. Juni 1888

in den üblichen Geschäftsstunden, sowohl bei der Hauptkassa der Schweizerischen Nordostbahn im Bahnhof Zürich, als bei den am Fuße dieses näher bezeichneten Stellen statt, wo Prospekte und Anmeldeformulare zu beziehen sind.

- 2) Die zur Konversion angemeldeten Titel werden mit folgendem Stempel versehen:

„Konversion erklärt“
Werth 31. Dezember 1888.

- 3) Der Umtausch der zur Konversion abgestempelten Titel, welche mit sämtlichen unverfallenen Coupons nebst Talon einzuliefern sind, gegen die Prioritätsaktien der neuen Emission findet von einem später bekannt zu gebenden Zeitpunkte an — jedenfalls bis 31. Dezember 1888 — statt. Anlässlich des Umtausches werden den Aktionären Fr. 50, gleich der Differenz zwischen dem Rückzahlungswerthe der alten und dem Emissionspreis der neuen Aktien, baar ausbezahlt und gleichzeitig Bezugsscheine für die Dividende des Jahres 1888 verabfolgt, welche erst nach der ordentlichen Generalversammlung von 1889 ausbezahlt werden kann.
- 4) Nach der ordentlichen Generalversammlung von Ende Juni 1888 werden den Inhabern der Prioritätsaktien-Coupons von 1880—1883, 1886 und 1887 Propositionen für den Umtausch derselben in Prioritätsaktien der neuen Emission von 8000 Stück (vide Abschnitt II, Ziffer 6) oder für käufliche Uebernahme dieser Coupons durch die Schweizerische Kreditanstalt gemacht werden, worüber s. Zt. eine besondere Publikation erfolgen wird.

IV.

Gleichzeitig mit obiger Konversionsauflage, d. h. ebenfalls

am 6. bis 15. Juni 1888

wird, unter den in Abschnitt II dieses Prospektes enthaltenen Emissionsbedingungen, eine

Subskription

auf denjenigen Theil der Emission von 44,000 Prioritätsaktien eröffnet, welcher nach Befriedigung der Konversionsbegehren der alten Prioritätsaktionäre verfügbar bleiben wird. Die Subskription steht zunächst den **Stammaktionären** in der Weise offen, daß sie berechtigt sind, auf je **4** Stammaktien **eine** Prioritätsaktie zu beziehen. Die nach der Zuteilung an die Stammaktionäre verfügbar bleibenden Prioritätsaktien werden zur **freien** Subskription aufgelegt.

Für die Subskription gelten nachfolgende weitere Bestimmungen, nämlich:

- 1) Die Stammaktionäre haben den Nachweis ihres Aktienbesitzes durch Einreichung von unterzeichneten Nummernverzeichnissen zu leisten, wofür besondere Formulare ausgegeben werden, die bei den Subskriptionsstellen bezogen werden können.
- 2) Der Subskriptionspreis ist auf **110 %** oder 550 Fr. per Prioritätsaktie festgesetzt, zahlbar in Schweizerwährung. Für die bei den deutschen Anmeldestellen und in Paris erfolgenden Zeichnungen versteht sich der Subskriptionspreis unter Hinzurechnung der deutschen beziehungsweise französischen Stempelgebühren.
Die Zeichnungsstellen sind berechtigt, bei der Subskription die Deponirung einer Kautions von 10 % des Nominalbetrages in baar oder guten Werthpapieren zu verlangen.
- 3) Die Einzahlung von 50 % des Nominalbetrages von
500 Fr. per Aktie = Fr. 250. —
nebst dem Agio von 10 % des Nominalbetrages von
500 Fr. per Aktie = „ 50. —
zusammen für jede Aktie Fr. 300. —
hat nach erfolgter Zuteilung an die Subskribenten, spätestens aber am **2. Juli 1. J.** bei denjenigen Stellen zu geschehen, durch deren Vermittlung die Zeichnung stattgefunden hat.
- 4) Bei den deutschen Stellen und in Paris sind die Einzahlungen zum

jeweiligen Tageskurse für Schweizer Währung, dessen Bestimmung der betreffenden Anmeldestelle zusteht, zu leisten.

- 5) Die Restzahlung von 250 Fr. per Aktie wird von der Nordostbahn nach Maßgabe des Bedürfnisses und unter **zweimonatlicher** Voranzeige, spätestens bis 31. Dezember 1889, eingefordert.
- 6) Nach Leistung der unter Ziffer 3 vorgeschriebenen Einzahlung von 300 Fr. per zugetheilte Aktie werden Interimsscheine auf den Inhaber ausgestellt und erlischt die persönliche Haft des Zeichners. Nach erfolgter Volleinzahlung wird der Umtausch der liberirten Interimsscheine gegen die definitiven Prioritätsaktientitel gemäß einer seiner Zeit zu erlassenden Publikation stattfinden.
- 7) Aktionäre, welche mit den Aktieneinzahlungen säumig sind, gehen ihrer Rechte aus der Zeichnung der Aktien und der geleisteten Einzahlungen verlustig. (Siehe § 4 der neuen Gesellschafts-Statuten vom 29. Dezember 1887.)
- 8) Für die Zwischenzeit bis zur vollen Liberirung der neuen Aktien haben dieselben sowohl für den einbezahlten Theil des Nominalbetrages, als auch für den Kurszuschlag von 50 Fr. Anspruch auf eine Zinsvergütung von $4\frac{1}{2}$ % per Jahr.
- 9) Für den Fall einer **Ueberzeichnung** des zur freien Subskription verbleibenden Betrages wird eine angemessene Reduktion der Anmeldungen vorbehalten.

V.

Die **nicht konvertirten** alten Prioritätsaktien kommen vom Verfalltage — 31. Dezember 1888 — an bei unserer Hauptkassa im Bahnhof Zürich zur

Rückzahlung

mit 600 Fr. per Aktie gegen Ablieferung der Titel nebst Talon und sämtlichen dazu gehörenden unverfallenen Coupons.

Die Dividendenberechtigung hört vom Verfalltermin an auf. Ueber die den alten Prioritätsaktien zustehende Dividende für das Jahr 1888, welche erst nach der ordentlichen Generalversammlung von 1889 ausbezahlt werden kann, werden bei der Rückzahlung besondere Bezugsscheine verabfolgt werden.
Zürich, den 31. Mai 1888.

Für die Direktion
der Schweizerischen Nordostbahn-Gesellschaft,
Der Präsident:
Studer.

Konversions- und Subskriptions-Anmeldungen

nehmen, außer der **Hauptkassa der Nordostbahn in Zürich**, entgegen:

In **Basel** :
„
Bern :
„

Basler Bankverein.
Basler Handelsbank.
Berner Handelsbank.
Eidgenössische Bank und deren Filialen.

In **Genf** :
Zürich :
Bern :
„

Banque nouvelle des chem. de fer suisses.
Schweizerische Kreditanstalt.
Marcuard & Cie.
von Ernst & Cie.